

Terror und Fundamentalismus

Über die Verletzlichkeit der arbeitsteiligen Gesellschaft

Die weltpolitische Lage, wie sie sich heute darbietet, kann wohl mit nur geringer Überzeichnung theoretisch als Globalisierung des Hobbesschen Problems beschrieben werden, oder, realpolitisch gewendet, als regionaler Rückfall hinter die Westfälische Friedensordnung, die in Europa die Konfessionskriege beendete. Drei Elemente scheinen diese Diagnose zu rechtfertigen: Erstens die Re-Militarisierung von Religion, zweitens die (einseitige) Re-Privatisierung des Krieges und drittens die Wiederkehr eines diskriminierenden Kriegsbegriffs, von „Just-War-Theories“ und die Aufgabe der Staatenbildung.

Was das erste Element betrifft, so ist daran zu erinnern, dass alle großen Kolonial- und Entkolonialisierungskriege, alle revolutionären Bewegungen und Widerstandsgruppen des 20. Jahrhunderts, vom Boxer-Aufstand 1900 in China bis zu den Khmer-Rouge Ende der 70er Jahre, von der russischen über die chinesische bis zur kubanischen Revolution, die beiden Indochina-Kriege, der Kampf der FLN in Algerien bis 1962 und die auf die Initiative Nassers 1964 gegründete PLO bis zur PKK sich säkular – marxistisch oder nationalistisch – motiviert und legitimiert haben. Sie suchten Anschluss an die „Moderne“. Das gilt auch und vor allem für die Revolution Atatürks in der Türkei. Die große Wende brachte die Revolution der Mullahs 1979 im Iran, welche der erste große und erfolgreiche, *explizit religiös* inspirierte Umsturz der jüngeren Geschichte war.

Es gab gewiss bedeutende islamistische Vorläufer wie die Mahdi-Bewegung im Sudan Ende des 19. Jahrhunderts oder die nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts gegründete Muslim-Brüderschaft, deren Ableger unter anderem für den Mord an Anwar El Saddat 1981 verantwortlich zeichnen, aber seit den späten 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts nehmen islamistische Bewegungen an Stärke, Aggressivität und Verbreitung deutlich zu – in Algerien, im Sudan, in Somalia, in Ägypten, in Afghanistan, in Pakistan, in Indonesien und vor allem auf der arabischen Halbinsel selbst und in der säkularen Türkei. Im Übrigen war auch der ethnische Bürgerkrieg am Balkan religiös übercodiert und der in Tschetschenien ist es auch.

Modernisierung und Säkularisierung, lange Zeit als Synonyme betrachtet, laufen auseinander. Dabei handelt es sich nicht um die praktische Inversion einer „politischen Theologie“ im Sinne Carl Schmitts, der bekanntlich die Institutionen des modernen Rechtsstaates als materialisierte Säkularisate theologischer Begriffe und Kategorien begreift (eine These, welcher der Theologe Erik Peterson mit guten theologischen Gründen widersprochen hat), auch nicht um „politische Religionen“ im Sinne Eric Voegelins, der die religiösen Energien in modernen politischen Massenbewegungen wie Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus, die sich selbst als säkular, ja, mit Ausnahme der spanischen Falange, als antireligiös verstanden, als erster diagnostiziert hat, sondern um die politische Mobilisierung der drei großen abrahamitischen Monotheismen unmittelbar; zumindest von Fraktionen davon (im Christentum von protestantischen Erweckungsbewegungen), jedenfalls nicht *nur* des Islam: Immerhin waren gnostisch-manichäische Töne vom „Kampf Gut gegen Böse“ und von der „Achse des Bösen“ schon vom „Wiedergeborenen“ im „Weißen Haus“ zu vernehmen, und Israel hat seinen eigenen jüdischen Fundamentalismus, der mit der Siedlerbewegung, spätestens aber seit den Tagen von „Gush-Emunim“ und der Tempelberg-Verschwörung die Theokratisierung des Landes vorantreibt.

Dass das Phänomen nicht auf die biblischen Religionen beschränkt bleiben muss, sondern Resonanzphänomene auslösen kann, zeigt sich am Beispiel der BJP, der Hindu-Fundamentalistischen Volkspartei in Indien. Setzt dieser Trend sich fort, so führte das zu dem, was man „absolute Politik“ nennen könnte, zu einer Politik im Namen des Absoluten, das nicht verhandlungsfähig ist. In seinen Konsequenzen zu Ende gedacht bedeutete dies in Wahrheit das Ende der Politik und ihre Verwandlung in den Krieg, nicht als deren Fortsetzung, sondern als deren Metamorphose. Tritt das ein, so wird man sich nach der Zeit der „Klassenkämpfe“ noch zurücksehnen, denn ökonomische Interessen sind, wie säkulare Interessen überhaupt, immer verhandlungsfähig, der Glaube ist es nicht.

Politik ist nur als kompromissfähiges Interessenskalkül möglich, mit Leuten, die „mit sich reden lassen“, nicht als Durchsetzung absoluter Positionen. Sie ist ein lautes „Entweder“, das sich auf ein leises „Oder“ eingestellt hat. Tatsächlich ist „Politik“ eine Innovation der europäischen Neuzeit oder, genauer gesagt, eine humanistische Neuentdeckung der Renaissance. „Erfunden“ wurde sie von den Griechen, und sie konnte auch nur in einer polytheistischen Kultur erfunden werden, denn sie setzt Toleranz in den „letzten Dingen“ voraus: „Toleranz liegt in der Natur des Polytheismus“, heißt es bei Ernst Jünger, „die Götter dulden ‚Götter neben sich‘.“ (Das ist übrigens fast ein wörtliches Zitat aus den *Parerga und Paralipomena* von Arthur Schopenhauer, wo es heißt: „In der Tat ist Intoleranz nur dem

Monotheismus wesentlich: ein alleiniger Gott ist seiner Natur nach ein eifersüchtiger Gott, der keinem anderen das Leben gönnt. Hingegen sind polytheistische Götter ihrer Natur nach tolerant: sie leben und lassen leben.“)

Der erste politische Theoretiker der Neuzeit war der klassisch gebildete Humanist Niccolò Machiavelli. In einem monotheistisch gläubigen Zeitalter, dessen zentrales Rechtsinstitut der Eid war, und nicht der Vertrag, konnte Politik nur als von korrupten Eliten betriebener „Verrat“ existieren. Das Wort „Politiker“ kommt auch erst im 16. Jahrhundert in Gebrauch. Als „parti des politiques“ nannte man zu Montaignes Zeiten jene „dritte Partei“ gemäßiger, humanistisch gebildeter und toleranter Geister, die einen Trennungsstrich zwischen religiöser Überzeugung und politischer Praxis zogen. Eine ernsthafte Re-Theologisierung der Politik bedeutete daher in Wahrheit deren Zerstörung.

Das zweite Element, das mich von einer Hobbesschen Problematik beziehungsweise regional von einer Vor-Westfälischen Lage sprechen lässt, ist die (einseitige) Re-Privatisierung des Krieges. Es war ja die große Leistung der Westfälischen Friedensordnung beziehungsweise der Hobbesschen Lösung des Problems des „status naturalis“, die Gewalt zu verstaatlichen, und zwar säkular zu verstaatlichen. Auch in der noch mitten im Dreißigjährigen Krieg (1625) erschienen Schrift „*Libri tres de belli ac pacis*“ des Hugo Grotius ist der Staat als Monopolist der Entscheidung über Krieg und Frieden gefordert. Diese Verstaatlichung des Krieges mit der Errichtung eines Gewaltmonopols nach innen wie nach außen war, so paradox es klingen mag, zunächst ein enormer zivilisatorischer Fortschritt, und er blieb dies bis zum Ersten Weltkrieg, das heißt bis zur Vollindustrialisierung des Krieges. Zwar standen fortan hochgerüstete Leviathane einander gegenüber, aber der Behemoth war ruhig gestellt; zwar war das „*ius ad bellum*“ nunmehr in die alleinige Souveränität des Staates gelegt und an keine höhere normative, religiös konkretisierte Seinsordnung mehr gebunden, aber ein „*ius in bello*“ wurde dadurch überhaupt erst ermöglicht, insbesondere die kriegsrechtliche Trennung von Kombattanten und Nonkombattanten und das Recht von Gefangenen. Es handelte sich um „trinitarische“ Kriege, wie Martin van Creveld sie im Anschluss an Clausewitz genannt hat: Regierung, Heer und Volk waren getrennte Größen.

Wir wissen natürlich alle, dass diese Rechte und Regeln zur „Hegung des Krieges“, wie Carl Schmitt mit einer sehr ambivalenten Formel sagt, immer wieder durchbrochen und verletzt wurden, und dass die Mobilisierung von Massenheeren seit der Französischen Revolution und die Entwicklung der Waffentechnik die Kriege immer furchtbarer gemacht haben, aber solange reguläre, staatlich disziplinierte Armeen einander gegenüber standen, die nicht im

Dienste einer „gnostischen Politik“ (Voegelin) agierten, sondern einer Clausewitzschen Rationalität gehorchten (das tat die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg ja gerade nicht, so wenig wie die kaiserliche Armee Japans), waren gewisse zivilisatorische Mindeststandards zumindest als Norm auch im Krieg noch möglich, insbesondere was die Anerkennung des Feindes als Rechtssubjekt überhaupt und die handlungsrelevante Unterscheidung von Kombattanten und Nonkombattanten betrifft.

Praktisch fiel diese Unterscheidung zwar schon mit dem (britischen) Konzept des strategischen Luftkrieges, aber systematisch negiert wird sie in jedem Bürgerkrieg. Und die nehmen an Zahl und Umfang dramatisch zu: Etwa Dreiviertel der in den letzten Jahren geführten Kriege waren keine Staaten-, sondern Bürgerkriege. Der Trend zeigt sich schon seit gut drei Jahrzehnten: „Die Kriege zwischen den Staaten werden weniger, wo hingegen Bürgerkriege, in denen die Ordnung des Staates zu bestehen aufhört, mehr und mehr zunehmen. Der Staat hat in weiten Teilen der Welt aufgehört, jener Monopolist des Krieges zu sein, als der er zumindest in Europa vor allem im 18. und 19. Jahrhundert aufgetreten ist.“ (Herfried Münkler)

Während jedoch der klassische Bürgerkrieg auf das Territorium des zerfallenen Staates begrenzt bleibt und keine geographische Expansionsdynamik zeigt, und während der klassische, national motivierte Partisan oder Guerillero, der den Staatenkrieg spätestens seit den Napoleonischen Kriegen (zunächst in Spanien 1808, in Tirol 1809, dann in Preußen 1813 oder nach Sedan 1870 in Frankreich als „franc tireur“) immer begleitete, ebenfalls „tellurischen“ Charakter hat, selbst zwar de facto außerhalb des Kriegsrechtes steht (obwohl er heute formell Kombattantenstatus hat), vorzugsweise jedoch reguläre Truppen, meist Besatzungsarmeen, angreift, hebt der religiös inspirierte Terrorismus beide Begrenzungen auf: den von Kombattanten und Nonkombattanten, und den von Kriegsschauplatz und als neutral respektierten Zonen; er agiert global, nicht regional, und er zielt vor allem auf Zivilisten.

Aus der Sicht von Staaten handelt es sich um kriminelle Banden, die oft genug deren Apparat infiltrieren, von deren materialistischer Normalform sie sich jedoch durch hohe idealistische Motivation unterscheiden, die bis zur Selbstaufopferung geht. „Wer beschlossen hat, sich selbst zu töten, der ist Zar“, heißt es bei Dostojewski. In ihrer Eigenwahrnehmung sind sie Gotteskrieger, die in strengster Askese eine heilige Mission erfüllen. Solche Leute sind schwer zu bekämpfen, man kann sie nur korrumpieren, einfangen oder töten, sofern man sie überhaupt ex ante definieren und organisatorisch als Feind identifizieren kann. Denn wir haben es nicht mit staatlichen Rechtssubjekten zu tun, sondern mit geheimen NGOs. Daher ist

die Bedrohung, die von ihnen ausgeht, ebenso diffus wie tödlich, insbesondere dann, wenn sie in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln kommen, was vermutlich nur eine Frage der Zeit ist – das darf man trotz der angloamerikanischen Kriegslüge, welche die völkerrechtswidrige Invasion im Irak zur politische Neuordnung der arabischen Halbinsel legitimieren sollte, nicht vergessen. Und man wird nie sicher wissen, wann die Bedrohung vorbei ist. „Inter pacem et bellum non est medium“ – das alte ciceronische Wort, das schon mit dem Kalten Krieg außer Geltung gesetzt war, hat vollends seinen Sinn verloren.

Das dritte Element schließlich, das mich von der Hobbesschen Problematik der gegenwärtigen Situation sprechen lässt, hat einen Doppelcharakter, und es folgt aus den ersten beiden Elementen. Es besteht in der Wiederkehr von „Just-War-Theories“ und in der Aufgabe von extern induzierter Staatenbildung mit möglichst säkularen, zumindest nicht-missionarischen Regimen. Der letzte Punkt ist zweifellos der schwierigste, und er kann nicht mit einem Menschenrechts-Kreuzzug à la „Bernhard von Lévy“, sondern nur pragmatisch und von Fall zu Fall, nach genauer Kalkulation der Interessen, der Chancen und der Risiken, und nur von einer Allianz von Staaten überhaupt angegangen werden. Und, in einer Mediengesellschaft, auch unter Berücksichtigung moralischer Prioritäten. Der Rest ist Geheimdienst- und Polizeiarbeit. Aber auch das Militär wird bei den asymmetrischen Kriegen der Zukunft zunehmend Polizeiarbeit übernehmen, mit all den scheußlichen Folgen, die damit verbunden sind – man erinnere sich nur an die „Schlacht um Algier“ von 1957 und die daraus entwickelte so genannte „französische Doktrin“, die in den 70er-Jahren vor allem in südamerikanischen Militärdiktaturen und heute an Orten wie Abu Ghraib Anwendung findet. Nicht zufällig spricht man neuerdings in Militärkreisen von der „Konstabulisierung der Streitkräfte“.

Geopolitisch wäre zur Entschärfung der Lage vorrangig die Bildung eines säkularen palästinensischen Staates bei gleichzeitiger Restitution israelischer Siedlungen anzustreben (nicht nur auf Gaza), doch da dies in Erfüllung des Völkerrechts gegen den Einfluss der Israel-Lobby auf die Außenpolitik der USA geschehen müsste, handelte es sich um ein wahres Novum in der jüngeren Geschichte; und wäre daher ebenso notwendig, wie es unwahrscheinlich ist; ganz abgesehen davon, dass eine Zwangsräumung der Siedlungen auf der West-Bank wohl zu einem Bürgerkrieg in Israel selbst führen würde. Ohne eine solche Räumung aber ist ein Palästinenserstaat kaum möglich, es sei denn auf dem Gebiet des heutigen Jordanien. Daher wird die Sache weiter gehen, noch lange, und sie wird sich

ausweiten, zusätzlich angeheizt durch das Irak-Desaster. Denn im Nahen Osten liegt das Krebsgeschwür, das spätestens seit 1973 metastasiert.

Die durchaus brüchige Allianz der Leviathane gegen den Behemoth führt daher auch nicht zur Herausbildung eines „Multilateralismus“, einer unter sich paritätischen „Staatengemeinschaft“, wie voreilige Kommentatoren nach dem 11. September 2001 angenommen haben, sondern die USA als Welthegemon nutzen selbstverständlich ganz im Gegenteil die Chance, die hegemoniale Leine anzuziehen, wie natürlich auch andere Staaten versuchen, in der Umbruchsphase des neu eröffneten „Great Game“ Positionsvorteile zu gewinnen.

Bemerkenswert ist übrigens, dass in dem Geschehen die EU als politisches Subjekt kaum eine Rolle spielt: Es sind die Nationalstaaten, die agieren. Und sie tun dies, wie übrigens schon im zweiten Golfkrieg und bei den Interventionen am Balkan, wie die Gegenseite auch, unter Inanspruchnahme der Doktrin vom „gerechten Krieg“, vom „bellum iustum“, was im Grunde genommen eine vormoderne, thomistische Idee ist. Denn wie in der mittelalterlichen Scholastik gilt der Krieg gegen die „Ungläubigen“, und zwar auf beiden Seiten, als „bellum iustum“, gleichgültig was das moderne Völkerrecht dazu sagt, das zunehmend zu einem Zweig der phantastischen Literatur wird. Im gleichen Zug wird aus dem Feind ein Verbrecher, genauer gesagt (denn auch ein Verbrecher hat Rechte) wird er „hors la loi“ gestellt, er ist vogelfrei. Guantanamo Bay ist nur der weithin sichtbare Ausdruck dieser Entwicklung.

Aber schon Napoleon, der auch im Namen der Menschenrechte kämpfte und gegen reaktionäre Regime den Code civile zur Geltung brachte, hat aus seinem desaströsen Spanienfeldzug (der übrigens frappierende Parallelen zum Ablauf der angloamerikanischen Kampagne im Irak aufweist!) die Lehre gezogen, dass man Partisanen auf Partisanenart bekämpfen müsse. Und Terroristen? Ich weiß es nicht. Aber über die Folgen sollte man sich keine Illusionen machen: „As soon as men decide that all means are permitted to fight an evil then their good becomes indistinguishable from the evil that they set out to destroy“, schrieb John Locke in seinem *Second Treatise on Civil Government*. Nietzsche hat diesen Sachverhalt poetischer ausgedrückt, als er sagte, wer lange gegen Drachen kämpft, wird selber zum Drachen; und wenn Sie zu lange in einen Abgrund starren, starrt der Abgrund in Sie.